

Der "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Tagespreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M., im voraus zahlbar. Für Vorkauf nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Drucklegung stehen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 30 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 50b.

Die schlagendsten Konversationsblätter über deren Namen kostet 5.- M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt kostet 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kurze Anzeigen laut Text, Familien-Anzeigen und Stellen-Befehle 3.20 M., netto pro Zeile. Stellen-Befehle in Wort-Anzeigen: Das fertige Blatt kostet 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15230

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Der Tag der Entscheidung

## Die Unabhängige Sozialdemokratie fordert die Annahme - Die Stellungnahme der S.P.D. - Haltloses Schwanken der bürgerlichen Parteien - Regierungsbildung und Reichstagsentscheidung

### Erklärung

Die bürgerlichen Regierungen haben durch ihre auswärtige Politik das deutsche Volk in eine verzweifelte Situation gebracht. In den entscheidenden Stunden trat die Regierung zurück und entzog sich jeder Verantwortung. Der Reichstag wird ausgeschaltet. Die bürgerlichen Parteien, die Mitverantwortlichen der Regierungspolitik, verharren in Unentschlossenheit und verlieren kostbarste Zeit, ohne die Krise zu lösen. Darin offenbart sich der Bankrott der bürgerlichen Politik.

So stehen wir unmittelbar vor der Entscheidung: Annehmen oder Ablehnen! Ein drittes gibt es nicht mehr.

In dieser Situation wagen es die bürgerlichen Parteien, die Antwort auf das Ultimatum von der Frage der Entlassung und der Beurteilung der Kriegsverbrechen abhängig zu machen. Für sie treten die finanziellen Forderungen der Entente, die für die wirtschaftliche Lage unseres Volkes entscheidend sind, zurück hinter ihren reaktionären Machtzwecken. Eine solche Haltung wäre

### die Anerkennung der Diktatur der bayrischen Orde

über Deutschland. Die Unabhängige Sozialdemokratie ist von jeher für die Entlassung eingetreten und betrachtet es als eine Herausforderung der gesamten Arbeiterschaft, einer reaktionären Machtpolitik zuliebe die Sicherheit des deutschen Volkes aufs Spiel zu setzen. Die Ablehnung aus solchen Erwägungen würde den Nationalismus in Frankreich steigern und überall die Sympathien für Deutschland völlig zerstören, die internationale Lage Deutschlands noch mehr verschlechtern.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat stets den Versailles Vertrag als einen Gewaltfrieden des siegreichen Imperialismus verurteilt. Die hält auch jetzt die wirtschaftlichen Forderungen der Entente für verderblich sowohl für die deutsche wie für die Arbeiterklasse aller Länder. Niemand kann sagen, daß die deutsche Wirtschaft alle geforderten Leistungen jahrzehntelang bis zum Ende tragen kann. Aber wir sind durch das Versagen der bürgerlichen auswärtigen Politik in allen Ländern in einer unentrinnbaren Zwangslage.

Die Ablehnung hat zunächst die sofortige Besetzung des Ruhrgebiets zur Folge. Das bedeutet Absperrung von Kohle und Eisen, Aushungerung der deutschen Industrie, rasche Ausdehnung der Arbeitslosigkeit, Zerrüttung des Wirtschaftslebens. Die Ablehnung bedeutet ferner außerordentliche Steigerung der Gefahren für Oberschlesien. Das vormaligierende Frankreich würde unter dem Vorwand der Böhwilligkeit Deutschlands einem vormaligierenden Polen keine Hindernisse bereiten. Das zweite wichtigste Industriegebiet ginge verloren, das wirtschaftliche Elend würde bis zum Chaos gesteigert.

Dagegen verschafft die Unterwerfung unter die Ententebedingungen Deutschland wenigstens eine Atempause. Die möglichst gewissenhafte Durchführung dieser exorbitanten Forderungen würde sehr bald den praktischen Beweis liefern, daß dadurch nicht nur die Lebenshaltung des deutschen Volkes niedergedrückt, sondern auch das Wirtschaftsleben der Ententestaaten und der Neutralen auf das Schwerste geschädigt würde.

Die geforderten Geldzahlungen, zunächst über 3 Milliarden Goldmark im Jahre, kommen tatsächlich hinaus auf die Lieferung von Industrieerzeugnissen aller Art in diesem Wertbetrage, ohne daß die deutsche Bevölkerung in der Lage ist, sich für diese ausgeführten Waren durch Wareneinfuhr aus den beliefernden Ländern einen Ersatz zu beschaffen. Das bedingt aber die Herabsetzung der Ausfuhrmöglichkeit und damit der Eigenproduktion in den Ententeländern selbst. Einen Vorgeschmack davon haben sie schon bekommen in den verheerenden Wirkungen, welche die erzwungenen Kohlelieferungen an Frankreich und England auf die dortige Kohlenproduktion ausgeübt haben.

Diese verderblichen Folgen für das internationale Wirtschaftsleben werden eine

### Änderung dieser Gewaltpolitik

herbeiführen müssen. Damit wird sich die politische Situation Deutschlands in den nächsten Jahren bessern und unter günstigeren Bedingungen neue Vereinbarungen erzielt werden können. Wir vertrauen dabei darauf, daß die Kämpfe der internationalen sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen gegen Militarismus und Imperialismus die herrschenden Klassen zu einer Änderung ihrer Gewaltpolitik und zu einer Revision der Friedensverträge bringen werden.

Die Ablehnung des Ultimatus bedeutet eine Katastrophe. Die Unterwerfung ist nicht ohne schwere Folgen und ohne Gefahren. Aber drohende Gefahren sind ein kleineres Übel als sicheres Unheil.

### Deshalb hat die Regierung keine Wahl, sie muß die Bedingungen annehmen.

Die Bourgeoisie hat den Krieg herausbeschworen, die Bourgeoisie ist verantwortlich für die Friedensverträge und ihre verderblichen Folgen. Sie erweist sich unfähig, die Wirkungen des Krieges zu überwinden.

Durch gemeinsames Zusammenwirken der Arbeiter aller Länder allein kann der Krieg des Kapitalismus durch den rettenden Sieg des Sozialismus überwunden werden.

Berlin, den 9. Mai 1921.

### Das Zentralkomitee und die Fraktion der USPD.

### In letzter Minute

Auch der gestrige Tag verging, ohne daß sich die Regierungsparteien zu dem Entschluß auftraffen konnten, die unentrinnbare Konsequenz aus der von ihnen herbeigeführten Situation zu ziehen, die Notwendigkeit der Annahme des Ultimatus endlich zu bekennen und so die Regierungsbildung zu ermöglichen. So wird das Unvermeidliche denn doch heute geschehen müssen. Es geschieht in der letzten Minute, denn gestern hat Minister Dr. Simons den Parteien des Reichstages mitgeteilt, daß die von der Entente gestellte Frist für die Annahme des Londoner Finanzdiktats Mittwoch nacht um 12 Uhr abläuft. Sollte die deutsche Antwort rechtzeitig eintreffen, dann müssen sie spätestens am Dienstagabend nach London und Paris abgehen oder allenfalls am Mittwoch morgen den hiesigen Entente-Botschaftern mitgeteilt werden. Die Regierung wird also morgen vormittag gebildet sein und nachmittags schon der Reichstag die endgültige Entscheidung fällen müssen.

Schon die lange Dauer der Krisis läßt erkennen, daß keine der Regierungsparteien, selbst nicht die deutsche Volkspartei, entschlossen für die Ablehnung wäre. Ja, in Wirklichkeit ist es so, daß auch die Deutschnationalen, wenigstens die politisch Denkenden, im Innern für die Annahme des Ultimatus sind, so laut sie auch das Gegenteil versichern. Jede bürgerliche Partei fürchtet sich nur davor, als erste durch einen klaren Entschluß die Verantwortung zu übernehmen. Diese Scheitlung der Verantwortlichkeit erklärt vor allem die lange Dauer der Krise, erklärt das widrige Schauspiel, daß wieder wie vor der Entscheidung über den Friedensvertrag, erst unter dem Zwange der äußersten Not gehandelt wird.

Im Gegensatz dazu spricht die Erklärung unserer Partei offen und klar aus, was geschehen muß, aber auch, wer die Verantwortung für das Unvermeidliche zu tragen hat. Auch die Rechtssozialisten haben durch ihren Beschluß sich für die Annahme des Ultimatus ausgesprochen. Es ist wahrscheinlich, daß auch das Zentrum und die Demokraten sich mit Mehrheit gegen die Ablehnung der Ententeforderungen aussprechen werden.

Man nimmt an, daß der Reichstag heute um 4 Uhr nachmittags ein Kabinett vorfinden und die Entscheidung herbeiführen kann.

### Gegen die Ausschaltung des Reichstages

Die Fraktion der U. S. P. erhebt gegen die Ausschaltung der heutigen Reichstagsitzung Protest.

In der schicksalsschwersten Stunde, in der es die Aufgabe des Parlaments gewesen wäre, die Meinungen des deutschen Volkes zum Ausdruck zu bringen, hat der Präsident des Reichstages gegen den Widerspruch unserer Fraktion, auf Drängen der bürgerlichen Fraktionen und der Rechtssozialisten die schon anberaumte Sitzung abge sagt und dadurch verhindert, vor dem ganzen deutschen Volk zu sagen, was auszusprechen Gebot der Stunde ist. Bereits am Freitag wurden wir durch den vorzeitigen Schluß der Sitzung um das Recht gebracht, die Stimme des deutschen Volkes ertönen zu lassen. Wir haben schon am Sonnabend dagegen Protest erhoben. Nichtsdestoweniger wurde auch heute wieder eine Verhandlung des Parlaments verhindert.

Niemals war es mehr als jetzt, da eine verantwortliche Regierung nicht besteht, Pflicht des Parlaments, die auswärtige Politik Deutschlands zu bestimmen. Von der kurz bemessenen Frist, die die Entente dem deutschen Volk gestiftet hat, verziimt Stunde auf Stunde, und der deutsche Reichstag ist ausgeschaltet, ausgeschaltet durch den Willen der bürgerlichen Parteien und der Rechtssozialisten.

Die Regierung Fehrenbach-Simons und die bürgerlichen Parteien verhandeln hinter den Kulissen, ohne bisher eine neue Regierung zustande gebracht zu haben. Die Öffentlichkeit ist ausgeschaltet, der Rußhandel wird von den schuldbeladenen bürgerlichen Parteien und den Rechtssozialisten in der Dunkelkammer interfraktioneller Besprechungen betrieben; und das vom Volke gemählte Parlament schaltet sich selbst aus, und verhindert, daß in Lichter, voller Öffentlichkeit die Frage behandelt werden kann, die Tod und Leben für das deutsche Volk bedeutet.

Vor der Arbeiterklasse stellen wir die Schuld der bürgerlichen Parteien und der Rechtssozialisten an der Ausschaltung der Volksvertretung fest, sie tragen die Verantwortung für alle Folgen.

Berlin, den 9. Mai 1921. Die Fraktion der U. S. P. D.

### Die Rechtssozialisten für Annahme des Ultimatus

Reichstagsfraktion und Parteiausschuß der sozialdemokratischen Partei (S. P. D.) erklärten heute in sechsstündiger Verhandlung die außenpolitische Situation. Gegen wenige abweichende Stimmen kamen die Ansichten zum Ausdruck, daß die Annahme des Ultimatus unvermeidlich sei; nur über den Wortlaut des Beschlusses wurde längere Zeit debattiert. Er gelangte schließlich in folgender von Partei und Fraktionsvorstand ausgearbeiteten Fassung zur Annahme:

„Die Annahme des Ultimatus hat nur dann einen Zweck und die Besetzung des Ruhrgebiets ist nur dann zu verhindern, wenn die bayrische Regierung die vorbeschaltete Erklärung abgibt, die Einwohnerwehr rechtzeitig, d. h. bis zum 30. Juni, zu entlassen und aufzu lösen.“

Die Forderungen der Entente in der Reparationsfrage widersprechen in einigen Punkten dem Friedensvertrag, überschreiten weit aus die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes und fordern unseren schärfsten Protest heraus.

Aber unter dem Druck der brutalen militärischen Gewaltdrohung, angesichts der unabsehbaren politischen und wirtschaftlichen Folgen ihrer Verwirklichung, besonders auch wegen der für Oberschlesien daraus entspringenden Gefahren, erklären sich Partei und Fraktion bereit, jeden ernstlichen Versuch zur Erfüllung des Londoner Finanzdiktats zu unterstützen.

Der Versuch, die zur Erfüllung notwendigen Milliarden aus unserer Wirtschaft herauszuholen, muß jedoch schon in seinen Anfängen scheitern, wenn sich nicht jene Kreise des Bürgertums, die heute noch Leiter unserer Wirtschaft sind, für ihn mit allen Kräften einsetzen; er ist nur möglich, wenn die notwendigen organisatorischen Maßnahmen getroffen werden, die allein die höchste Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit herbeiführen können. Ebenso hängt das Gelingen der bayrischen Entlassung vor allem von dem Willen und der politischen Einsicht des Bürgertums ab. Die Verantwortung für das Kommende fällt daher in erster Linie dem Bürgertum und den es vertretenden politischen Parteien zu.“

Die Sozialdemokratie beschloß ferner, den Parteiausschuß dauernd zusammenzuhalten, bis die Ultimatus- und Regierungstrife gelöst sei. (Siehe auch 2. Seite.)







Groß-Berlin

Der Geist von Potsdam

Wer während des Krieges beobachtet hat, wie die aktiven Offiziere sich den aus dem bürgerlichen Leben kommenden Mannschaften gegenüber verhielten, der wird sehr oft über die Weltfremdheit dieser Menschen erstaunt gemessen sein.

Angedacht sind jetzt die Kadettenanstalten umgewandelt in staatliche Erziehungsanstalten, die des rein militärischen Charakters entleidet sein sollen.

In dem Bericht über die Kadettentendenz für die ehemalige Kaiserin wird zunächst betont, daß auch die Zöglinge der staatlichen Bildungsanstalt daran teilgenommen haben.

Diese Ankündigungen zeigen, daß die militärischen Kreise noch immer gar nicht daran denken, abzudanken, sondern vielmehr der Meinung sind, ihre Zeit werde wieder einmal kommen.

Rechtssozialistische Gesundheitspolitik

Im Ausschuss für die städtischen Krankenanstalten kam es kürzlich zu einer interessanten Debatte und Beschlussfassung.

auf 18 M. täglich für die dritte Klasse die Erhebung von besonderen Gebühren für Entbindung, Bäder, Röntgenbehandlung, Medikamente usw. in den städtischen Krankenanstalten.

Bei der Beschlussfassung ergab sich nun folgendes interessantes Bild: Der Antrag, besondere Gebühren für Entbindungen, Bäder, Röntgenbehandlung, Medikamente usw. in städtischen Krankenanstalten zu erheben, wurde mit den vier Stimmen der Unabhängigen, Kommunisten und des Zentrums gegen die vier Stimmen der Deutschnationalen, Deutschen Volkspartei und der Rechtssozialisten abgelehnt.

Mietsteigerung und Wohnungsreparaturen

Ein wichtiger Beschluss des Rentämter Mieteinigungsamtes

Eine aus einem Magistratsbeamten als Vorsitzenden und je fünf Mieter- und Vermieterbeisitzern gebildete Spruchkammer hat folgenden wichtigen Beschluss gefasst:

Die generell erteilte vorläufige Zustimmung zur Kündigung zwecks Steigerung wird nicht bestätigt. Die Mietverhältnisse gelten bis zum 1. Oktober d. Js. als verlängert.

Von dieser Entscheidung sind diejenigen Fälle ausgenommen, in denen der Mieter binnen einer Ausschlussfrist von einer Woche eine besondere wirtschaftliche Notlage einwendet und ein partieller Ausschuss den Einwand für hinreichend begründet erachtet.

Somit die vorbezeichneten Anträge Mieter betreffen, die bereits den Höchstzins zahlen, werden sie unter Aufhebung der einstweiligen Zustimmung zurückgewiesen.

Dieser Beschluss ist durchaus im Interesse der Mieter; es ist wünschenswert, daß die Vermieter bereits bei den jetzt erfolgten Steigerungen Reparaturen vorzunehmen verpflichtet sind.

Die Praxis der Wohnungsämter ist, wie der „Lokal-Anzeiger“ mitteilt, Gegenstand einer kleinen Anfrage des Abgeordneten Strathmann im Reichstag.

Rumäne, der vor wenigen Monaten aus Rumänien nach Abwesenheit während des Krieges zurückgekommen ist, hat Handstraße 8 eine geräumige, gesunde Wohnung gegen den Willen des Hausbesizers zugewiesen erhalten.

Milchlieferung. Am Dienstag, den 10., Mittwoch, den 11., Donnerstag, den 12. und Freitag, den 13. d. M., werden die DIII- und DIII-Kinderarten nicht beliefert.

Presse-Kommission. Nächste Sitzung Donnerstag, 6 1/2 Uhr. Vollständiges Erscheinen notwendig.

Die Auszahlung der Milchgeldzuschüsse an Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahre (ausschließlich Waisen- und Armenpflinglinge) und Schwangere, drei Monate vor der Niederkunft wenn sich deren Familien in einer außerordentlichen Notlage befinden, erfolgt nunmehr ausschließlich durch die zehn Säuglings- und Kleinkinderfürsorgestellen.

Der frühere Charlottenburger Stadtverordnetenvorsitzende Otto Kaufmann ist im Alter von 84 Jahren das Opfer eines Unglücksfalles geworden.

Die älteste Autobuslinie wieder im Betrieb. Die älteste und beliebteste Automobillinielinie 4 ist es, die am Sonnabend vor Pfingsten wieder eröffnet und vom Kettlederplatz bis zum Hermannplatz über den Weddingplatz, die Chaussee und Friedrichstraße, sowie das Hallesche Tor und durch die Hohenheide geführt wird.

Handüberfall mit einem Totschläger. Sonntag nachmittag gegen 1 1/2 Uhr überfiel der wohnungslose, 21jährige Kaufmann Richard Bod aus Stuttgart, im Hinz des Hauses Grünstr. 39, die 19jährige Kontoristin Alice Kohn, schlug sie mit einem Totschläger nieder und entriß ihr die Aktentasche mit 600 M. Inhalt.

Aushebung einer Geheimbrennerei. Bei der Durchsuchung der Geschäftsräume der Firma Otto Weichel in Lichtenberg, Köpenicker Str. 39, wurde eine Geheimbrennerei erbeutet.

Brandstifter an der Arbeit. Am Sonntag nachmittag brannte auf dem Bahnhof Wlbershof ein Waggon mit Stroh, der einer Cöpenicker Firma gehört.

Zu der Aushebung der Werkstatt für polnisches Fassgeld werden wir um Aufnahme folgender Zeilen gebeten: Die 5 Söhne Friedrich, Richard, Emil, Ernst und Walter Endow des kürzlich verstorbenen Schlossermeisters Friß Endow, Lichtenberg, Wilhelmstraße 45, stehen zu diesem Vorkommnis in keiner Beziehung.

Die Volksfürsorge, Rechnungsstelle 1 Berlin, teilt mit, daß einem ihrer Kassierer die Sparmarkenblatts 32468/970 verloren gegangen sind.

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Das dem Romanist übertragen von Hermann J. J. Müller

Copyright by Der Wolff-Verlag Berlin-Görlitz 1921

Der nächste war Grady, der Sekretär der J. M. Ws. und nun ereignete sich etwas Furchtbares. Grady, der das Schauspiel von einem Automobil aus beobachtet hatte, geriet in Verzweiflung, als man ihm die Hände losließ, um ihm den Rod auszuweichen, riß er sich los, schlug einen Mann nach dem andern nieder.

Der Zeremonienmeister protestierte durch sein Megaphon, doch wurde ihm dieses aus der Hand geschlagen, er selbst ward zur Seite gestoßen.

Nun erscholl eine Stimme durch das Megaphon: „Laßt ihn etwas herab. Ich muß bis zu ihm gelangen.“

Grady angetan hatte, dem Sekretär der verdammten J. M. Ws. Und alle stießen einander in die Rippen, tuschelten grinsend, auf diese Art sei sicherlich der rote Terror für immer vernichtet, der hundertprozentige Amerikanismus gerechtfertigt, eine friedliche Lösung des Problems von Kapital und Proletariat erzielt worden.

So seltsam dies auch klingen mag, einer der J. M. Ws. stimmte mit dieser Ansicht überein. Eines der Opfer dieser Nacht hatte seine Lektion gelernt.

„Das Programm der J. M. Ws. beginnt mit der Einleitung, die Unternehmer und die proletarische Klasse hätten nichts Gemeinsames, doch lernte ich in jener Nacht, daß dieser Satz falsch sei.“

61.

Am folgenden Morgen erwachte Peter mit einem für ihn neuem Gefühl des Leidens und Entsehens des Lebens.

Am meisten aber folterte Peter die Angst. Peter, die Ameise, erkannte, das Ringen der Riesen werde immer

wilder, erkannte die Gefahr seiner Lage unter den Riesenfüßen. Auf beiden Seiten stammten die Leidenschaften auf, je heftiger der Haß entbrannte, desto größer war für Peter die Gefahr einer Entdeckung, um so furchtbarer wäre sein Schicksal, falls er entdeckt würde.

Nun kamen diese Worte zu Peter zurück wie eine Stimme aus dem Grabe. Wie, wenn einer der roten genügend Geld hätte, um jemanden in Guffens Bureau einzuschmuggeln?

Auch um Neill machte sich Peter Sorgen. Sie war seit fast einer Woche in ihrer neuen Stellung und hatte noch kein einziges Wort von sich hören lassen.

(Fortsetzung folgt.)

